

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/56

Bonn, den 21. März 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite |  | Zeilen |
|-------|--|--------|
| ----- |  | -----  |
| 1     | <u>Wer mit wem?</u>  | 45     |
|       | Nachwort zur Bundestagsdebatte über den Haushaltsplan 1969 |        |
| 2 - 3 | <u>Reform des Auswärtigen Dienstes?</u>                    | 62     |
|       | Bemerkungen zu einem aktuellen Thema                       |        |
| 4     | <u>Israel und die Olympischen Spiele 1972</u>              | 42     |
|       | Intensive Vorbereitungen                                   |        |
|       | Von Ernst Dieter Schmickler                                |        |
|       | <u>FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:</u>                 |        |
|       | Zur Situation der Frauen in Italien                        |        |
|       | Von Helga Koppel, Rom                                      |        |
|       | Anerkennung für Gesetz über Teilzeitbeschäftigung          |        |
|       | Frauen in die Parlamente                                   |        |

Wer mit wem?  
-----

Nachwort zur Bundestagsdebatte über den Haushaltsplan 1969

G.M. - Die Bundestagsdebatte über den Haushaltsplan 1969 hat zahlreiche Beobachter - wieder einmal - zu einem Rätselspiel darüber veranlaßt, wer wohl mit wem nach der nächsten Bundestagswahl die Regierung bilden würde. (Nach Bedarf einzusetzen: könnte, wollte oder sollte.)

Dabei ist die Sache so einfach. Die vier im Bundestag vertretenen Parteien stehen fest auf dem Boden des Grundgesetzes, sie sind demokratisch und befürworten die Demokratie als Staatsform. Längst sind die Zeiten vorüber, da man eine dieser Parteien bezichtigte, sie würde den "Untergang Deutschlands" herbeiführen, falls sie jemals die Regierung übernehmen sollte. Fern sind auch die Tage, da ein Politiker sagte, er werde auswandern, wenn eine bestimmte, der vier im Bundestag vertretenen Parteien an der Spitze in Bonn stünde. Heute weiß jeder: Weder droht der Untergang Deutschlands noch braucht irgendjemand auszuwandern, falls in Bonn eine Regierung gebildet werden würde, die in ihrer Zusammensetzung nicht einem altgewohnten Schema entspricht.

Auch die Ausdehnung des "Wer-mit-wem-Spiels" auf bestimmte Personen gehört längst der Vergangenheit an. Die demokratischen Parteien haben sich daran gewöhnt, Personenvorschläge für die Besetzung wichtiger Positionen zu akzeptieren, wenn diese sachlich-fachlich begründet sind.

Bei all den Überlegungen, die jetzt besonders seit dem 5. März im Blick auf mögliche Regierungsbildungen nach der Bundestagswahl angestellt werden, sollte man sich doch endlich daran gewöhnen, zunächst einmal dem Wähler das Wort zu überlassen. Der mündige Bürger hat zu entscheiden, wie der nächste Bundestag zusammengesetzt sein wird, und niemand anders; am wenigsten die Auguren und Kulissendenker.

Wenn das Votum des Wählers feststeht, d.h., wenn man weiß, welche zahlenmäßigen Kombinationen für die Regierungsbildung gegeben sind, werden sich die Parteiführungen zusammensetzen und ein vorläufiges Regierungsprogramm ausarbeiten müssen. Dieses Programm oder eine Kombination von mehreren Programmen werden die Grundlage für die Bildung einer Regierung sein. Hierbei wird es im wesentlichen darauf ankommen, welche innen- und außenpolitischen Erfordernisse an eine neue Bundesregierung zu stellen sind und welche Partei ein bestimmtes Programm entsprechend ihren Grundsätzen zu vertreten gedenkt.

Alles das hat mit jetzigen Spekulationen nichts zu tun. Die im Bundestag vertretenen Parteien - dessen sind wir sicher - haben in dieser Beziehung die gleichen Vorstellungen.

Natürlich kann sich jeder seine eigenen Gedanken machen und auch, wenn es ihm Freude bereitet, Vermutungen anstellen, politische Puzzlespiele treiben oder vielleicht sogar im Kaffeesatz zu ergründen suchen, wer mit wem dies oder jenes zu tun gedenkt. Das mag zwar reizvoll sein, entspricht jetzt aber nicht der Situation, die wir nach dem 28. September 1969 vorfinden werden.

Reform des Auswärtigen Dienstes?  
-----  
Bemerkungen zu einem aktuellen Thema

sp - "Partys und Jagdgesellschaften reichen nicht für den Auswärtigen Dienst", "Willy Brandt entstaubt die Diplomaten" lautet die Überschrift eines Artikels in der Westfälischen Rundschau vom 19.3.1969. Am gleichen Tage berichtet H. W. Vahlefeld im NDR über "Arbeit und Status deutscher Diplomaten."

Zusammenfassung dieser Gedankengänge: "Das Beamtenrecht ist für den Auswärtigen Dienst unzulänglich, Nachwuchsmangel, Fehlen von Volkswirtschaftlern im Außendienst, abgeschaffter Corpsgeist der Diplomaten (Juristen) aus adeligen Häusern," dafür aber: "den guten Geist der Freude am Job". Minister Brandt will die von ihm angekurbelte Reform des Auswärtigen Dienstes noch in dieser Legislaturperiode vorantreiben und die von ihm eingesetzte Sonderkommission nicht aus dem Auge verlieren, die er gebeten hatte, ein Arbeitspapier vorzubereiten, in dem die Aufgaben des deutschen Auswärtigen Dienstes in der Welt von heute neu definiert wird und zwar unter Einbeziehung der über 240 diplomatischen und konsularischen Auslandsvertretungen mit der Klarstellung, daß Beziehungen nicht ausschlaggebend sind, sondern das Können entscheidet.

Die Aufgabe der Außenpolitik hat Minister Brandt in der zweiten Lesung des Bundeshaushalts 1969 am 19. 3. 1969 kurz formuliert: "Die Freundschaften in der Welt zu vertiefen, neue Freunde zu suchen und zu finden, die Wirtschaftspolitik zu fördern und die deutsche Kulturarbeit im Ausland zu intensivieren".

Es ist aber auch wirklich nötig, den Auswärtigen Dienst zu reformieren und der heutigen Zeit anzupassen. Die Nachkriegsjahre, die Teilung Deutschlands, die große Zahl der Auswanderer, die Bildung selbständiger Staaten, die Entwicklungshilfe, die Spannungen zwischen Ost und West und andere Probleme stellten und stellen die deutschen Auslandsvertretungen vor neue Aufgaben, die dem alten Auswärtigen Dienst völlig fremd waren. Die heutigen Arbeiten im Auswärtigen Dienst und insbesondere der Auslandsvertretungen sind leider in der

Öffentlichkeit noch zu wenig bekannt und sollen hier nur kurz angedeutet werden.

Neben dem Diplomaten, der, in Kurzform gesprochen, sein Land im Gastland politisch vertritt, gibt es, in viel stärkerem Maße den Konsulatsbeamten, der bei zahlreichen kleinen deutschen Auslandsvertretungen (Entwicklungsländern) die Doppelfunktion - Botschafter - Konsul - ausüben muß.

Heute wird von den Auslandsbeamten in verantwortungsvoller Stellung neben der Kenntnis der Landessprache gefordert, daß er nicht nur "selbständiger Diplomat" zu sein hat, sondern auch in Wirtschaftsfragen Bescheid weiß, Initiativen für die politische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland ergreift, Kontakte mit Persönlichkeiten des Gastlandes und seinen Kollegen von anderen Auslandsvertretungen herstellt, pflegt und vertieft und nicht zuletzt in der Lage ist, den Deutschen in seinem Amtsbezirk mit Rat und Beistand zu helfen. Hierzu gehören gute Kenntnisse auf den verschiedensten Rechtsgebieten, wie z.B. Ehe-Familien- und Erbrecht (Adoptionen, Legitimationen, Testamente, Erbscheine usw.), Pass- und Seemannsrecht, Legalisations- und Visa-Bestimmungen, Ein- und Auswanderungen, Sozialversicherung, Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich, Wiedergutmachung, Steuer- und Arbeitsrecht, Gesetze und Bestimmungen des Gastlandes und vieles mehr.

Nur durch gute und fundierte Ausbildung junger Nachwuchskräfte aus allen Berufssparten und die Bereitschaft zur Freude an der Arbeit, können diese Aufgaben gemeistert werden.

Die besondere Stellung des Auslandsbeamten, der ja auch zahlreiche Erschwernisse im Gastland hinnehmen muß - Ostblock, Tropen, Kälte, weite Entfernung zur Heimat, Sprachprobleme, Kindererziehung- und Ausbildung usw. - bedarf auch einer angemessenen Anerkennung durch den Dienstherrn - den Bund -, die ihm im wesentlichen bisher versagt geblieben ist. Bleibt zu hoffen, daß die "neue Welle" des Außenministers Willy Brandt auch auf diesem Gebiet eine Änderung bringt.

## Israel und die Olympischen Spiele 1972

---

### Intensive Vorbereitungen

Von Ernst Dieter Schmickler

Israel will mit dem größten Aufgebot seiner Sportgeschichte an den Olympischen Spielen 1972 in der Bundesrepublik teilnehmen. Es soll ein Aufgebot von 50 Sportlern um Medaillen und Plätze bei den XX. Olympischen Spielen der Neuzeit für Israel kämpfen. Wie der Generalsekretär des Olympischen Komitees, Glovinsky, in Tel Aviv mitteilte, rechnet Israel mit einem Kostenaufwand von 350.000 Pfund in Landeswährung für die Olympiadelegation 1972. Die Frage, wie die Fußball- und Basketballmannschaften die Qualifikationsrunden beenden, wird die Größe der Olympiamannschaft entscheidend beeinflussen. Generalsekretär Glovinsky: "Unsere Basketballer, Schützen und Gewichtheber werden bis 1972 einen Leistungsstand erreicht haben, der uns echte Medaillenchancen gibt."

Über den Stand der Vorbereitungen und die Zusammenarbeit der israelischen und deutschen Sportverbände informierten sich erst kürzlich die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Adolf Müller-Emmert und Hans-Karl Kern, deren Informations- und Kontaktgespräche in Israel einen überaus positiven Eindruck hinterlassen haben. Die Asienspiele 1970 in Bangkok, ein Trainingslager der israelischen Fußballnationalmannschaft in der Bundesrepublik und die jüdischen "vorolympischen" Wettspiele des Maccabi- und Hapoel-Sportverbandes in diesem und dem kommenden Jahr, besonders im Bereich der Turndisziplin, gehören zum Programm der Olympiavorbereitungen.

In Zusammenarbeit mit der Kölner Sporthochschule soll das internationale Niveau bis 1972 so weit gesteigert werden, daß bei den Frauen und Männern jeweils drei bis vier Teilnehmer in München an den Start gehen. Man erwartet gute Organisation und die besten Verhältnisse aller Olympischen Spiele der Nachkriegszeit, die garantieren, daß man, wie Generalsekretär Glovinsky ausführte, nicht wie in Mexico-City den ganzen Tag im Auto sitzen muß, um von einer Wettkampfstätte zur anderen zu gelangen. Neben den rein sportlichen Zielen im olympischen Bereich, bemüht Israel baldmöglichst einen Vertreter mit Sitz und Stimme im Internationalen Olympischen Komitee zu haben. Nicht zuletzt die Goodwill-Reise des NOK-Präsidenten Josef Inbar nach Europa soll besonders bei befreundeten Nationen für Verständnis der israelischen IOC-Wünsche werben.

Mit Ausnahme der arabischen, einiger asiatischer und vor allem der Ostblockvertreter im IOC dürften nach israelischen Berechnungen die überwiegende Zahl der Mitglieder im IOC diese israelischen Bemühungen unterstützen. Die bundesrepublikanischen IOC-Mitglieder, mit NOK-Präsident Willi Daume an der Spitze, haben den Israelis bereits vor längerer Zeit ihre Unterstützung des Aufnahmeantrages zugesagt. Hierdurch sollen insbesondere die guten deutsch-israelischen Sportbeziehungen zum Ausdruck gebracht werden.